SPD SÄKULARITÄT & HUMANISMUS

AKSH-Newsletter 5/26 November 2026

Säkulare kämpfen für eine starke SPD

Jahrestagung des AKSH in Hannover zur Zukunft der SPD

Die Säkularen und Humanisten in der SPD werden ihre Themen und Anliegen weiter deutlich innerhalb und außerhalb der SPD in die Debatte einbringen, erklärte die Co-Sprecherin des AKSH, Sabine Smentek, zum Abschluss der Jahrestagung im Kurt-Schumacher-Haus der SPD in Hannover. Zwei Tage lang hatten sich 35 AKSH-Vertreter aus 11 Landesverbänden mit den Ergebnissen der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern befasst, sowie in einer Fachtagung mit namhaften Referenten mit einem Unterrichtsfach Ethik/Religionskunde.
Inzwischen hat der AKSH seine Arbeit mit zahlreichen kommunalen Arbeitskreisen verstärkt. Nach den Landesarbeitskreisen in Berlin und Baden-Württemberg wird sich am 24. November der AKSH Brandenburg und am 30. November 26 der AKSH Hamburg konstituieren. Nach entsprechendem Parteitagsbeschluss steht jetzt auch im SPD-Landesvorstand NRW eine entsprechende Entscheidung an.

Brisante Situation der CDU

In seiner fundierten Analyse der jüngsten Ergebnisse der Landtagswahlen im Herbst ging **Dr. Carsten Frerk**, Leiter der Forschungsgruppe Weltanschauungen (fowid), nicht nur auf die ausbaufähigen Ergebnisse der SPD ein, sondern analysierte auch die brisante Situation der CDU. In allen drei Bundesländern gingen die Ergebnisse der Union in gleichem Maße zurück wie die der AfD zunahmen. **Sabine Smentek** ergänzte mit Hintergründen zur spezifischen Situation im Land Berlin, wo die Verhandlungen über eine rot-grün-rote Koalition für bundesweites Aufsehen sorgen.

Sozial*bürokratisch* oder sozial*liberal*?

Einen Wechsel von sozialbürokratisch zu sozialliberal im Sinne von Freiheit und individueller Menschenwürde riet **Dr. Michael Schmidt-Salomon**, Vorstandssprecher der Giordano-Bruno-Stiftung, der SPD in Erinnerung an die Worte von Willy Brandt in seiner Regierungserklärung von 1969: „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“ Er bezog sich in seinem Vortrag u.a. auf Karl Marx, der für die demokratischen Kräfte bereits 1844 den hochaktuellen politischen Kompass bereithielt: „Eigentlich sollte jedem Linken klar sein, dass keine Religion oder Ideologie die Macht haben darf, die Menschenrechte auszuhebeln. Nur wer dies beherzigt, kann einigermaßen begründet den Anspruch erheben, eine linke, d.h. emanzipatorische Position zu vertreten.“

[Videos der Vorträge in unserer YouTube-Playlist]

AKSH.digital.bundesweit

Welche Rolle spielt Religion für rechtsextreme und autoritäre Einstellungen?
Darüber spricht **Dr. Alexander Yendell** vom Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt

am 27. November 2026
ab 18.00 Uhr

Religion, Autoritarismus und Rechtsextremismus

Ausführliche Information und Link unter: **AKSH: Termine**

Freiheit und Selbstbestimmung gegen religiös-autoritäre Bestrebungen verteidigen

Die SPD muss den Bestrebungen religiös-autoritärer Bewegungen entschieden entgegentreten, die individuelle Freiheitsrechte beschneiden und Menschen unter sozialen und politischen Druck setzen, das fordert der AKSH-Bundesvorstand in einer Resolution von allen SPD Vertretern in Parlamenten und Regierungen. Besonders betroffen sind Frauen und Mädchen, Juden, Homosexuelle, Menschen, die eine Religion verlassen, sowie liberale, säkulare und reformorientierte Muslime. Religiös-autoritäre Bewegungen, die danach streben, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung empfindlich zu stören oder umzuwerfen, müssen in ihre Schranken gewiesen werden.

Deutschland lebt eine religiös und weltanschaulich vielfältige Gesellschaft. Diese Vielfalt kann nur bestehen, wenn für alle Menschen dieselben Grundrechte und Gesetze gelten. Religionsfreiheit schützt die persönliche Freiheit, eine Religion auszuüben, sie zu wechseln, sie zu kritisieren oder keiner Religion anzugehören. Sie begründet keinen Anspruch, religiöse Normen für andere Menschen oder staatliche Institutionen verbindlich zu machen. Schon im Erfurter Parteiprogramm „Für ein besseres Land“, schrieb die SPD 1891 „Religion ist Privatsache“. Unsere Demokratie ist dieses bessere Land, in dem Meinungs- und Religionsfreiheit gelten für alle Menschen, gleich welcher Religion oder Weltanschauung sie sich zugehörig fühlen.

Säkulare Grundsätze müssen insgesamt wieder stärker in den Mittelpunkt der SPD-Politik gerückt werden. Privilegien von Religionsgesellschaften müssen abgeschafft und dürfen nicht auf konkurrierende Religions- und Weltanschauungsgesellschaften übertragen werden. Unser Maßstab ist nicht, wie religiös oder weltanschaulich überzeugt ein Mensch ist. Unser Maßstab ist, ob er die gleiche Freiheit, Würde und Selbstbestimmung aller Menschen anerkennt und unsere Verfassung respektiert.

Die derzeit größte religiös-autoritäre Bewegung in Deutschland ist der politische Islam. Als politischen Islam bezeichnen wir organisierte Bestrebungen, die aus einer bestimmten Auslegung des Islam einen politischen oder gesellschaftlichen Herrschaftsanspruch ableiten und religiöse Normen für Staat, Recht oder das Leben anderer Menschen verbindlich machen wollen.

Dabei sind persönliche Frömmigkeit, konservative Überzeugungen oder die bloße Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaften nicht entscheidend. Maßgeblich sind überprüfbare Ziele, Strukturen und Handlungen. Der politische Islam ist klar vom Islam als Religion und von Muslimen als Bürgern zu unterscheiden. Die bloße Zugehörigkeit zu einer Religion darf keinen Staatsbürger benachteiligen.

Den politischen Islam in seine Schranken zu weisen, ist ein zentraler Beitrag zur Prävention vor Islamismus. Dabei dürfen wir weder Muslime unter Generalverdacht stellen noch organisierte Verbände automatisch zu Vertretern aller Muslime erklären.

Annika Klose: Aktiv in Grundsatzprogramm einbringen

In der Debatte der Jahrestagung hatte Annika Klose, Mitglied des Parteivorstandes – digital aus Phoenix/Arizona zugeschaltet - den AKSH aufgefordert, seine Themen aktiv in die Debatte zur Zukunft der SPD beim Bundesparteitag im Januar und in den Grundsatzprogrammprozess einzubringen.

Dieser Aufforderung ist der AKSH-Bundesvorstand nachgekommen mit drei Anträgen zu:

- Freiheit verteidigen
- Politischer Islam
- Kirchliches Arbeitsrecht

AKSH: Rückschau Jahrestagungen: Hannover 2026

Ethik-Religionskunde gemeinsam

Fachtag des AKSH in Hannover am Tag vor der Jahrestagung 6. 11. 2026

Welche Bedeutung kann ein gemeinsames Wertefach „Ethik/Religionskunde“ im Rahmen von GG 7, 3 für die Programmdiskussion gewinnen? Dieser Frage stellten sich die Referent*innen der Fachtagung in ihren Impulsvorträgen.



© Evelin Frerk

Mit dem Einstieg durch den Theologen und Sozialethiker **Prof. Dr. Hartmut Kreß**, der für das Institut für Weltanschauungsrecht die Problematik des derzeitigen Religionsunterrichts (RU) darlegte, war ein prononcierter Beginn gesetzt. Aufgenommen wurde der Faden durch **Markus Hoffmann**, der als Vorsitzender des katholischen Religionslehrerverbandes deutlich für den konfessionellen RU plädierte, der im Übrigen schon lange keine Glaubensunterweisung mehr sei, sondern den Teilnehmenden ein vielfältiges Angebot zur Entwicklung eigener Positionen mache. **Dr. Hüseyin Cicek**, Politik- und Religionswissenschaftler an der Uni Wien und der PH Weingarten, zeigte im Vergleich mit christlichen Religionen ungeahnt vielfältige Strukturen des Islam jenseits der beiden großen Richtungen Sunniten und Schiiten auf, die eine Einbindung in den RU so überaus kompliziert machen.

Dr. Kerstin Gäfgen-Track, evangelische Oberlandeskirchenrätin in Hannover, schloss sich der Einschätzung des katholischen Vertreters an und plädierte für ein Beibehalten des derzeitigen RU, der allerdings – weil dialogisch angelegt - durchaus auch mit anderen Religionen zusammenarbeiten könne. Einem gemeinsamen Wertefach begegnete sie verständnislos. **Daniel Driese**, Bundesbeauftragter für Humanistische Lebenskunde beim HVD stellte infrage, ob ein staatliches Wertefach eben diese Werte auch identitätsbildend vermitteln könne. Das Modell eines Faches Humanistische Lebenskunde parallel zu verschiedenen Religionsunterrichten mit einem allgemeinen verbindlichen staatlichen Wertefach sei in Berlin durchaus tragfähig. Abschließend führte **Dr. Dieter Galas**, ehemals Ministerialdirigent und GEW-Vorsitzender, aus, dass der Konflikt zwischen Religion und Alternativfach (Werte und Normen in Niedersachsen) gelöst werden könnte, wenn Schulen die Möglichkeit erhalten, „bekenntnisfrei“ im Sinne des Grundgesetzes Art. 7, 3 zu werden. Dies sei durch ein einfaches Ländergesetz möglich. Dann wäre RU kein ordentliches Lehrfach. Ein staatliches Wertefach wäre selbstverständlich, Religion ein „Nachfragefach“.

Der AKSH verfolgt weiterhin das Ziel, der SPD zu einer neuen Programmatik zu verhelfen, um das gemeinsame Wertefundament der Gesellschaft zu stärken und dabei auch Kenntnisse über Religionen und Weltanschauungen zu vermitteln.

Johannes Schwill, Gerhard Lein

Impulse für Berliner Koalitionsgespräche

„Für den gebührenfreien Kirchenaustritt, die Einführung einer humanistischen Seelsorge, die für Berlin ein Novum wäre, oder ein zeitgemäßes Bestattungsrecht gibt es in dieser Konstellation durchaus Aussicht auf Mehrheiten," erklärte die wiedergewählte Vorsitzender des Berliner AKSH Dr. Felicitas Tesch. „Unsere Wahl fällt in eine spannende Phase. Bei vielen unserer Themen liegen die möglichen Koalitionspartner näher beieinander, als man vielleicht denkt."



Mitglieder des Arbeitskreises Säkularität & Humanismus nach der Wahl am 28. Oktober 2026 im Willy-Brandt-Haus, v. l. n. r.: Gita Neumann, Dr. Bertram Zwanziger, Dr. Hans-Ulrich Bieler, Bodo Zündorff, Dr. Felicitas Tesch, Anne Hansen, Johannes Gamer, Wolfgang Hecht, Reinhard Schulz und Philip Schunke.

Mit dem Beschluss zur wehrhaften Demokratie greift der Arbeitskreis Bausteine auf, die im Sondierungsergebnis von Linken, Grünen und SPD bereits angelegt sind. „Eine freie Gesellschaft muss ihre Freiheitsräume gerade gegen diejenigen verteidigen, die sie – etwa auch aus religiösen Gründen – einschränken wollen", heißt es in der Begründung. Der Senat soll den Islamismus-Monitor zu einem jährlichen Lagebild weiterentwickeln, das auch religiös begründeten Druck an Schulen erfasst. Wer sich vom Glauben löst, Kritik übt oder anders lebt, als es im eigenen Umfeld verlangt wird, soll verlässlich Beratung und Schutz erhalten. Organisationen, die der Verfassungsschutz als gesichert extremistisch einstuft, sollen kein Landesgeld bekommen.

„Wir verstehen uns als konstruktive Stimme in der SPD für die vielen Menschen, die ihr Leben ohne Religion gestalten", sagt der neue Co-Vorsitzende Philip Schunke. „In einer Stadt, in der rund vier von fünf Menschen keiner der beiden großen Kirchen angehören, sollen gleiche Rechte für religiöse und nichtreligiöse Weltanschauungen selbstverständlich sein." Der Arbeitskreis setzt sich dafür ein, dass Landesrecht und Verwaltung dieser Vielfalt gerecht werden. Schunke will dazu auch die Zusammenarbeit mit anderen säkularen und humanistischen Gruppen in Berlin ausbauen.

„Die Errungenschaften der Säkularität müssen immer wieder verteidigt werden, gerade gegen Versuche religiöser Einflussnahme", sagt Dr. Hans-Ulrich Bieler, Mitgründer und bisheriger Co-Vorsitzender des Arbeitskreises, der nicht erneut für den Vorsitz kandidiert hat. „Darauf, dass der Staat neutral bleibt, müssen wir weiter achten: bei Gesetzen etwa zur Suizidhilfe oder zum Schwangerschaftsabbruch ebenso wie beim kirchlichen Arbeitsrecht, dessen Sonderregeln endlich abgebaut werden sollten. Dafür stehe ich dem neuen Team gern weiter zur Verfügung."

AKSH Hamburg konstituiert sich

Auf Landesebene wurde in Hamburg vor etwa zehn Jahren der Arbeitskreis Kirchen und Religionen um Weltanschauungsgemeinschaften erweitert, in dem auch säkulare Sozialdemokraten mitarbeiten. Darauf hatten 36 Genossinnen und Genossen des Bundesarbeitskreises in einem gemeinsamen Brief an den Hamburger Landesvorstand hingewiesen und darum gebeten, nun einen eigenen AKSH auch in Hamburg einzurichten.

Bereits 2021 hatte der Bundesparteitag mit 94 Prozent der Stimmen einen Bundesarbeitskreis befürwortet, der sich dann nach Beschluss des Parteivorstandes im Folgejahr konstituierte. Als Mitglied des Gründungsvorstands wurde Gerhard Lein, langjähriges Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, nun Anfang diesen Jahren zum Co-Sprecher im Bundesvorstand des AKSH gewählt.

„Religion war in unserer langen Geschichte immer ein ambivalentes Thema. In der historischen Frühphase der Partei dominierte ein kritisches, an Feuerbach orientiertes Religionsverständnis. Religion wurde als Überbauphänomen bezeichnet und abgelehnt. Für August Bebel waren Christentum und Sozialismus sich ausschließende Gegensätze wie Feuer und Wasser," hieß es weiter in dem Brief an den Landesvorstand. „Einen negativen Einfluss auf das Verhältnis der SPD zu den christlichen Kirchen hatte das Verhalten der Kirchen im Nationalsozialismus und die Tatsache, dass sie den bereits die im Februar 1933 begonnenen Verfolgungen und Misshandlungen von Gegnern der Nationalsozialisten, vornehmlich aus der Arbeiterbewegung, schweigend zugesehen hatten.

Eine Zäsur im Verhältnis der Sozialdemokratie zum Christentum stellte die Rede von Carlo Schmid auf dem Hamburger SPD-Parteitag im Jahre 1950 dar, in der Respekt vor jeder Religion und jeder Weltanschauung gefordert wurde. Das Godesberger Programm hat das Verhältnis zu den Kirchen entspannt, die zu der Zeit noch stärker in der Bevölkerung verankert waren. 2023 hat die 6. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung der EKD für beide großen Kirchen festgestellt, dass die große Mehrheit der Bevölkerung sich als „nicht religiös" einstuft.

Die Hamburger SPD war erfolgreich mit dem Wahlkampf-Slogan „Die ganze Stadt im Blick". Heruntergebrochen auf die Lebenseinstellungen der Bürger und Bürgerinnen muss man zur Kenntnis nehmen, dass über die Hälfte der Hamburger Bevölkerung gar keiner Religionsgemeinschaft mehr angehört" hieß es in dem Schreiben weiter, „Insofern sind wir säkularen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch ein wichtiges Identifikationsangebot an die Bevölkerung. Respekt war auch unser Slogan im Bundestagswahlkampf und spielt gerade in diesen Zeiten eine wichtige Rolle.

Informationen und Anmeldung zur konstituierenden Sitzung am 30. November2026

Auch Brandenburg gründet AKSH

In Brandenburg leben mehrheitlich konfessionsfreie Menschen. Diese beurteilen tägliche Entscheidungen und ethische Vorstellungen auf weltlichen Grundlagen. Auch dafür brauchen wir als SPD Antworten und Angebote. Sei es beispielsweise bei Fragen rund um ein selbstbestimmtes Sterben, einer Werteorientierung in unseren Bildungsinstitutionen oder einer Ansprechperson in Krisensituationen. Neben diesen Themen soll ein solcher AK deshalb auch Brücken zu anderen kulturellen und religiösen Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften wie den Christinnen und Christen oder der AG Migration und Vielfalt bauen.
Zu einer Gründungsversammlung laden die Mitglieder des Bundesvorstands Janine Schollbach, Cottbus, und Dr. Bruno Osuch, Stahnsdorf. für **Donnerstag, den 24.11.2026, um 17:00 Uhr ins Regine-Hildebrandt-Haus, in Potsdam ein.** Ausführliche Information

NRW erwartet Entscheidung des Landesvorstands

Bereits vor drei Jahren hat sich der Landesparteitag mit sehr großer Mehrheit für die Einrichtung eines Arbeitskreises Säkularität und Humanismus in NRW ausgesprochen. Darauf wurde zunächst ein Mitglied des Landesvorstands als Beauftragter für Säkularität und Humanismus eingesetzt. Mit einem einstimmig gefassten Beschluss mahnte nun der Unterbezirk Rhein-Sieg die Einsetzung des AKSH für NRW an.

Als Beauftragter für Säkularität und Humanismus hatte Thorben Peping als Mitglied des SPD-Landesvorstands in den letzten Jahren auftragsgemäß die bestehenden Arbeits- und Gesprächskreise im Lande koordiniert und in enger Kooperation Formulierungen in die Arbeit am Wahlprogramms für das kommende Jahr eingebracht. „Uns liegt der Erfolg der SPD für unser Bundesland besonders am Herzen und natürlich unterstützen wir den bevorstehenden Wahlkampf und unseren Spitzenkandidaten Jochen Ott nach besten Kräften, schrieben die Sprecher der AK von Düsseldorf, Köln, Bonn und Rhein-Sieg und weiterer Gesprächskreise an den Landesvorstand, bei dem die Entscheidung nun auf der Tagesordnung steht.



Droemer HC
ISBN-10: 3426572087
24,00 €

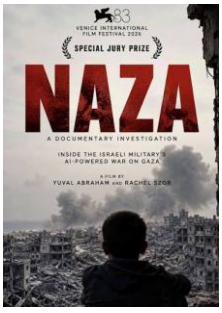
Buchtipp

Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf

Wahl und Wahrheit

Was unser Grundgesetz gefährdet und wie wir es schützen
Ein juristischer Blick auf die Debatten unserer Zeit

Ein juristischer Blick auf die Debatten unserer Zeit: Die renommierte Verfassungsrechtlerin Frauke Brosius-Gersdorf blickt auf ihre gescheiterte Richterwahl, analysiert die großen gesellschaftlichen Streitfragen der Gegenwart (Schwangerschaftsabbruch, Religionsfreiheit, Leihmutterschaft, Parteiverbote) durch die juristische Brille und plädiert für eine Rückkehr zur sachorientierten Debatte. Die 2025 spektakulär gescheiterte Wahl von Frauke Brosius-Gersdorf zur Richterin am Bundesverfassungsgericht machte deutlich, wie schnell die unabhängige Justiz auch hierzulande zur Zielscheibe populistischer Agitation werden kann. Dabei lebt eine starke Demokratie vom ernsthaften Ringen um die besseren Argumente, so die renommierte Verfassungsrechtlerin, und von Wahrheit.



Filmtipp

Mit NAZA legen die Regisseure Yuval Abraham und Rachel Szor einen ebenso aufrüttelnden wie kontroversen Dokumentarfilm vor. In anonymisierten Interviews berichten israelische Militärangehörige und Geheimdienstmitarbeiter über die Methoden, Entscheidungsprozesse und teilweise KI-gestützten Systeme hinter den Militäroperationen im Gazastreifen, bei denen nicht Hama-Aktivisten sondern deren Handy die Ziele sind. Der Film beeindruckt durch seine nüchterne Inszenierung und die beklemmende Atmosphäre der nächtlichen Gespräche auf den Dächern von Tel Aviv. Statt auf emotionale Effekte zu setzen, lässt NAZA die Aussagen der Beteiligten für sich sprechen und entwickelt gerade dadurch eine enorme Wirkung.
Unabhängig von der politischen Position des Zuschauers regt der Film zum Nachdenken über moderne Kriegsführung, Verantwortung und den Einsatz von Technologie im Krieg an.

NAZA ist kein leichter Film, aber ein wichtiger und diskussionswürdiger Dokumentarfilm, der lange nach dem Abspann nachwirkt.